

Kurzberichte

Der Bundesvoranschlag 1962

Der Bundesvoranschlag 1962 sieht Gesamtausgaben von 53 90 Mrd. S vor, davon 52 54 Mrd. S in der ordentlichen und 1 36 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung. Die laufenden Einnahmen werden auf 52 02 Mrd. S geschätzt. Das ordentliche Budget rechnet mit einem Abgang von 0 52 Mrd. S und das Gesamtbudget mit 1 88 Mrd. S. Die Finanzpolitik beabsichtigt, den Fehlbetrag im ordentlichen Haushalt durch Einsparungen oder (und) Mehreinnahmen auszugleichen. Sollten noch größere Mehreinnahmen zur Verfügung stehen, wird die Lohn- und Einkommensteuer ab Mitte 1962 ermäßigt werden.

Mit dem Voranschlag 1962 setzt der Finanzminister die Konsolidierung des Bundeshaushalts fort.

Das Budget ist — sofern der Abgang im ordentlichen Haushalt gedeckt werden kann — „volkswirtschaftlich ausgeglichen“, denn das Defizit im außerordentlichen Haushalt von 1 36 Mrd. S entspricht dem für Schuldentilgungen vorgesehenen Betrag von 1 28 Mrd. S. Ebenso bedeutsam ist, daß das Budget ohne Steuer- und Tarifierhöhungen ausgeglichen werden konnte, also im Gegensatz zum Budget 1961 keine kosteninflationistischen Tendenzen ausgehen. (Allerdings wächst die Steuerbelastung infolge der Progression der Tarife der Lohn- und Einkommensteuer automatisch, sofern die Sätze nicht der Einkommensentwicklung angepaßt werden.) Nicht zuletzt zeichnet sich der Voranschlag 1962 durch einen höheren Grad von „Budgetwahrheit“ aus als die Voranschläge in der Vergangenheit. Die Einnahmen scheinen nicht nur insgesamt, sondern auch in ihrer Struktur gut vorausgeschätzt zu sein, im außerordentlichen Haushalt wurden nur noch die Investitionen von Bahn und Post sowie für

die Autobahn aufgenommen und für die Tilgung der kurzfristigen Staatsschuld wurde ein angemessener Betrag eingesetzt.

Bedeutende Mehrausgaben für Personalaufwand, Renten und Beihilfen, Subventionen, Schuldendienst und Investitionen, Einsparungen im Kapitel „Staatsvertrag“

Die für 1962 veranschlagten *Gesamtausgaben* von 53 90 Mrd. S sind um 6 52 Mrd. S oder 14% höher als die Gesamtausgaben des Voranschlags 1961. Dadurch entsteht auf den ersten Blick der Eindruck, als würden 1962 die Staatsausgaben kräftig gesteigert werden. Zweierlei ist jedoch zu berücksichtigen: Erstens haben sich die bloßen Durchlaufposten im Budget verdoppelt, weil die Ausgaben zutreffender als im Vorjahr eingeschätzt wurden (z. B. der Überschuß des Kinderbeihilfenfonds, der auf den Familienlastenausgleichsfonds übertragen wird) oder neue Durchläufer (z. B. Überweisungen an den Reservefonds gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz) geschaffen wurden. Schaltet man die Durchläufer aus, die reine verwaltungsbedingte Umbuchungen darstellen und dem Staat weder Geld kosten, noch volkswirtschaftliche Ressourcen beanspruchen, so sinkt die Steigerungsrate der Gesamtausgaben von 14% auf 11%. Zweitens wird der Ausgabenvoranschlag 1961 trotz den im Konsolidierungsprogramm nachträglich verfügten Kürzungen voraussichtlich etwas (um etwa 3% bis 4%) überschritten werden, insbesondere weil die Beamtengehälter ab 1. Juli um 4% erhöht, Schatzscheine getilgt und die ursprünglich auf einen Sonderfonds abgeschobenen Ausgaben für Schulbauten wieder in das Budget übernommen wurden. Verglichen mit dem voraussichtlichen Erfolg 1961 werden die Staatsausgaben — vorausgesetzt, daß der Voranschlag streng eingehalten wird — um etwa 7% bis 8% steigen, nicht viel stärker als das nominelle Brutto-Nationalprodukt bei „normalem“ Wirtschaftswachstum und mäßigem Preisauftrieb.

In der folgenden Darstellung der wichtigsten Ausgabengruppen wird jeweils der Voranschlag 1962 mit dem Voranschlag 1961 verglichen.

Der Bundesvoranschlag

	1961	1962 Mrd. S	Differenz
Ordentliche Gebarung			
Ausgaben	45 098	52 536	+ 7 438
Einnahmen	44 787	52 020	+ 7 233
Abgang	—311	—516	+ 205
Außerordentliche Gebarung	2 275	1 360	— 915
Gesamtgebarung	2 586	1 876	— 710

Der *Personalaufwand* wird für 1962 mit 18 22 Mrd S ausgewiesen, um 1 76 Mrd S oder 11% höher als im Vorjahr. 12 62 Mrd. S entfallen auf Aktivbezüge und 5 60 Mrd. S auf Pensionen. Der Mehraufwand erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die im Frühjahr beschlossene Erhöhung der Bezüge für öffentlich Bedienstete (+ 9%) Anfang 1962 voll wirksam wird. Trotzdem ist der Anteil der Personalkosten am Gesamtbudget mit 34% niedriger als in den letzten Jahren (35% bis 38%).

Für *Renten, Unterstützungen und Beihilfen* (ohne Zuschüsse zur Sozialversicherung) wurden 6 06 Mrd S veranschlagt, um 0 93 Mrd. S oder 18% mehr als 1961. Besonders ins Gewicht fallen die ebenfalls schon im Frühjahr 1961 beschlossenen höheren Zuwendungen an Mütter und Familien mit Kindern (+ 824 Mill S¹). Andere Mehraufwendungen, z. B für Kriegsopfer- und Opferfürsorge (+ 165 Mill S) wurden durch Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung (— 115 Mill S) ausgeglichen

Der Bundeszuschuß zur *Sozialversicherung* erhöht sich um 0 47 Mrd. S oder 14% auf 3 70 Mrd S. Davon entfallen auf die Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 1 18 Mrd. S (+ 0 08 Mrd. S), auf die land- und forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt und die landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsanstalt 0 87 Mrd. S (+ 0 16 Mrd. S) und auf Ausgleichszulagen (Bundesbeitrag) 1 04 Mrd. S (+ 0 15 Mrd. S). Die Rentenreform von 1960 sieht bis 1963 folgende wichtige Verbesserungen vor: Valorisierung der Altrenten, Einführung einer 14 Monatsrente, Aufhebung verschiedener Ruhensbestimmungen, schrittweise und bedingte Herabsetzung des Rentenalters um je fünf Jahre für Männer (von 65 auf 60) und für Frauen (von 60 auf 55 Jahre) sowie Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage für die Beiträge zur Altersversicherung von 3 600 S auf 4 800 S. In der für 1962 vorgesehenen zweiten Etappe der Rentenreform wird u. a. die volle 14 Monatsrente eingeführt und die Valorisierung der Altrenten fortgesetzt, die 1963 abgeschlossen sein soll. Anfang 1962 werden überdies die Pensionsbeiträge der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber zum zweiten (und vorläufig letzten) Mal um je 1/2% erhöht. (Die Mehrbelastung wird bis zu einer Bemessungsgrundlage von 2 400 S monatlich dadurch wettgemacht, daß gleichzeitig die Arbeitslosenversicherungsbeiträge um je 1/2% ermäßigt werden.)

¹) Die Kinder- und Familienbeihilfen wurden um etwa 20% erhöht sowie Säuglings- und Mütterbeihilfen wurden neu eingeführt

Für *Preisstützungen* sind 2 08 Mrd. S vorgesehen, um 0 31 Mrd. S oder 18% mehr als im Vorjahr. Der hohe Aufwand erklärt sich aus der Rekorderte an Getreide und aus der stetig steigenden Milchproduktion. Von einem zumindest teilweisen Abbau der Subventionen, der bereits vor Jahresfrist ins Auge gefaßt, dann aber zurückgestellt worden war, wurde auch diesmal Abstand genommen.

Das *Verteidigungsbudget* wird mit 2 13 Mrd. S dotiert, um 0 20 Mrd. S oder 10% mehr als im Vorjahr. Der Mehraufwand wird hauptsächlich vom Personal (höhere Bezüge) beansprucht. Der militärische Sachaufwand (z. B. für Waffen und Ausrüstungsgegenstände) ist mit 1 40 Mrd. S nur um 0 06 Mrd. S höher als im Vorjahr und etwas niedriger als 1957 (1 41 Mrd. S). Der Anteil der Wehrausgaben am Brutto-Nationalprodukt sank von 1958 bis 1961 stetig, und zwar von 1 6% auf 1 2%. 1962 dürfte er sich auf diesem — international gesehen sehr niedrigem — Niveau halten. Zum Vergleich sei erwähnt, daß 1959/60 die USA 9 7%, der Durchschnitt der OEEC-Staaten 4 5% und die neutralen Staaten Schweden und Schweiz 4 8% und 2 8% ihres Brutto-Nationalprodukts für Verteidigungszwecke verwendeten.

Für den *Schuldendienst* werden 2 62 Mrd. S bereitgestellt, um 0 35 Mrd. S oder 15% mehr als im Vorjahr. Von den 1 28 Mrd. S Tilgungen entfallen 0 27 Mrd. S auf ausländische und 1 01 Mrd. S auf inländische Schulden. Die Konsolidierung der kurzfristigen Staatsschulden wird fortgesetzt. 1961 sollen weitere 300 Mill. S Schatzscheine getilgt werden, während der zusätzliche Finanzierungsbedarf des Staates — sofern er sich in den Grenzen des Voranschlags hält — voraussichtlich ohne Schwierigkeiten durch langfristige Kredite gedeckt werden kann.

Unter dem Titel „*Staatsvertrag*“ wurden Verpflichtungen in Höhe von 1 38 Mrd. S veranschlagt, um 0 49 Mrd. S oder 26% weniger als 1961. Durch das Auslaufen der Ablöselieferungen im Warenabkommen mit der Sowjetunion wurden 0 41 Mrd. S erspart. Bemerkenswerterweise entfallen von den gesamten Ausgaben nur noch 0 38 Mrd. S oder 28% auf Leistungen an die Sowjetunion (Erdölabkommen). Der größte Teil — darunter erstmalig auch Leistungen gemäß dem Finanz- und Ausgleichsvertrag mit der Bundesrepublik Deutschland — besteht aus Zahlungen an Inländer für Schäden und Verluste, die im Krieg und nachher entstanden sind.

Für *Investitionen* im weiteren Sinne werden insgesamt 7 24 Mrd. S zur Verfügung gestellt, um 0 80 Mrd. S oder 12% mehr als im Vorjahr. 1 24

Mrd. S (—0·03 Mrd. S) entfallen auf Instandhaltung, 4·75 Mrd. S (+0·68 Mrd. S) auf Brutto-Investitionen und 1·25 Mrd. S (+0·15 Mrd. S) auf investitionsfördernde Darlehen und Zuschüsse an die Wirtschaft

Der übrige Sachaufwand (ohne Durchlaufposten) erhöht sich um 0·66 Mrd. S oder 10% auf 7·44 Mrd. S. Der Mehraufwand betrifft hauptsächlich Sachausgaben der Betriebe und Monopole

Struktur der Bundesausgaben

	Bundesausschlag 1961	1962 Mill. S	Differenz
Löhne und Gehälter	11 308	12 616	+1 308
Pensionen	5 152	5 606	+ 454
Renten, Unterstützungen, Beihilfen	5 128	6 060	+ 932
Bundeszuschuß zur Sozialversicherung	3 232	3 701	+ 469
Preisstützungen	1 766	2 076	+ 310
Landesverteidigung (Sachaufwand)	1 338	1 398	+ 60
Schuldendienst	2 267	2 616	+ 349
ERP-Gebahrung	425	489	+ 64
Staatsvertrag	1 875	1 383	— 492
Instandhaltung	1 274	1 242	— 32
Brutto-Investitionen	4 065	4 746	+ 681
Investitionszuschüsse und -Darlehen	1 101	1 250	+ 149
Sonstiger Sachaufwand (Restpost)	6 778	7 440	+ 662
Durchlaufposten ¹⁾	1 669	3 273	+1 604
	47 378	53 896	+6 518

¹⁾ Davon entfallen 1962 1 927 Mill. S auf die Überweisung des Überschusses des Kinderbeihilfenfonds an den Familienlastenausgleichsfonds und 493 Mill. S auf die erstmalige Dotierung des Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Ferner gehören hiezu Überweisungen an den Investitionsfonds, Beiträge der Bahn und Post zum Schuldendienst des Staates u. a. m.

Realistische Einnahmenschätzung

Die laufenden Einnahmen sind für 1962 mit 52·0 Mrd. S veranschlagt, um 7·2 Mrd. S oder 16% höher als im Voranschlag 1961. Die aus dem Vergleich der Voranschläge errechnete Steigerungsrates der Einnahmen ist jedoch ähnlich wie die der Ausgaben und aus den gleichen Gründen überhöht 3% der Einnahmensteigerung entfallen allein auf Durchlaufposten, und die Ansätze für 1961 dürften um schätzungsweise 6% bis 8% übertroffen werden. Tatsächlich rechnet also der Voranschlag nur mit Mehreinnahmen von 5% bis 7%. Diese Steigerungsrates kann bei anhaltend guter Konjunktur erreicht werden, zumal infolge der Progression der Lohnsteuer und der fast zweijährigen Spanne zwischen Einkommensbildung und Steuerzahlung bei den veranlagten Steuern eine überproportionale Zunahme der Erträge aus direkten Steuern erwartet werden darf. Stille Reserven größeren Umfangs bestehen jedoch nicht. Das gilt insbesondere für die steuerähnlichen Einnahmen und die Einnahmen der Betriebe, die bisher meist stark unterschätzt wurden. Dagegen sind die Steuererträge eher vorsichtiger angesetzt worden als in den Vorjahren. Die für Mitte 1962 in Aussicht gestellte Ermäßigung

der Lohn- und Einkommensteuer wird jedenfalls nur dann ohne Gefährdung des Budgetgleichgewichts gewährt werden können, wenn der Ausgabenvoranschlag streng eingehalten wird.

Struktur der Bundeseinnahmen

	Bundesausschlag 1961	1962 Mill. S	Differenz
Direkte Steuern	12 935	15 609	+2 674
davon			
Einkommensteuer	3 000	3 600	+ 600
Lohnsteuer	2 700	3 600	+ 900
Körperschaftsteuer	2 100	2 100	—
Vermögenssteuer	550	675	+ 125
Gewerbesteuer	2 400	3 150	+ 750
Sonstige	2 185	2 484	+ 299
Indirekte Steuern insgesamt	20 978	23 269	+2 291
davon			
Umsatzsteuer (samt Bundesausschlag)	9 600	10 800	+1 200
Zölle	3 150	3 700	+ 550
Verbrauchssteuern	4 270	4 521	+ 251
Gebühren und Verkebrsteuern	3 958	4 248	+ 090
Öffentliche Abgaben insgesamt	33 913	38 878	+4 965
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds, usw.	10 970	13 058	+2 088
Bundeseinnahmen (netto) aus öffentlichen Abgaben	22 943	25 820	+2 877
Steuerähnliche Einnahmen ¹⁾	4 278	5 194	+ 916
Durchlaufposten ²⁾	1 669	3 273	+1 604
Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung ³⁾	4 047	5 297	+1 250
Hoheitsverwaltung insgesamt	32 937	39 584	+6 647
Betriebseinnahmen der Monopole und Betriebe	11 855	12 436	+ 581
Gesamteinnahmen	44 792	52 020	+7 228

¹⁾ Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Kinderbeihilfen- und Familienlastenausgleichsfonds, Sonderbeiträge gemäß Wohnungsbauhilfengesetz — ²⁾ Siehe auch „Bundesausgaben“ — ³⁾ Einschließlich ERP-Gebahrung

Die Bruttoerträge an öffentlichen Abgaben sind für 1962 mit 38·9 Mrd. S (+5·0 Mrd. S) präliminiert. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw. sollen dem Bund netto 25·8 Mrd. S verbleiben, um 2·9 Mrd. S oder 13% mehr als im Voranschlag 1961. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß 1961 voraussichtlich um 1·5 bis 2·0 Mrd. S mehr Steuern eingehen werden, als veranschlagt wurde. Die Erträge der direkten Steuern sind vorsichtiger geschätzt als die der indirekten. An direkten Steuern werden 15·6 Mrd. S erwartet, um 2·7 Mrd. S oder 21% mehr als 1961, an indirekten Steuern 23·3 Mrd. S, um 2·3 Mrd. S oder 11% mehr.

Die „übrigen“ Einnahmen der Hoheitsverwaltung werden auf 13·8 Mrd. S (ohne Durchlaufposten 10·5 Mrd. S) geschätzt, um 3·8 Mrd. S (2·2 Mrd. S) mehr als im Vorjahr. Die Einnahmen der Betriebe und Monopole sollen um 0·6 Mrd. S auf 12·4 Mrd. S steigen. Beide Einnahmenarten sind, wie bereits erwähnt wurde, ziemlich realistisch eingeschätzt und enthalten, im Gegensatz zu den Vorjahren, keine stillen Reserven.